

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41

Erscheint Werktags

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortverkehr 2,15 M., in Württemberg 2,20 M., vierteljährlich, hiesig Postgebühren 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Garmondzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Pettizeile. Bei Inseraten, wo Kostpunkt in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.



Nr. 295

Dienstag, den 17. Dezember 1918.

35. Jahrgang.

Das Reichstagsproblem.

Von Conrad Haackmann.

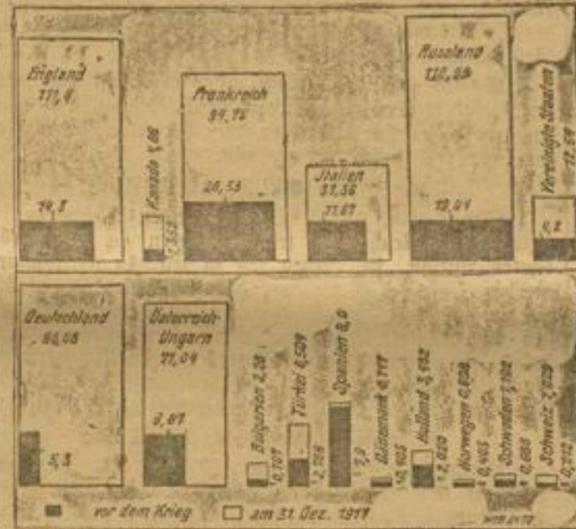
Der Reichstagspräsident Fehrenbach hat die Einberufung des Reichstags proklamiert. Ort und Tag sind noch vorbehalten. Die Reichsregierung erklärt, daß die Begründung, die der Reichstagspräsident für die Einberufung gegeben hat, „jeder Begründung entbehrt“. Damit ist ein Gegenstand zwischen der „Volksvertretung“ und den „Volksbeauftragten“, der bisher latent war, scharf in die Erscheinung getreten. Zwei Gewalten treten einander gegenüber, von denen eine der anderen die Anerkennung oder die volle Anerkennung vorenthält. Das „Staatsrecht der Revolution“ verneint das Staatsrecht des Reichstags. Dies hat der Reichstag halb willig und halb unwillig durch seinen Präsidenten bisher hingenommen. Jetzt macht der Präsident die Weigerung des Reichstags, mit den „Volksbeauftragten“ der Soldaten- und Arbeiterräte in Friedensverhandlungen einzutreten, also die höchste Gefahr für den inneren und äußeren Bestand und Zusammenhalt des Reichs geltend, um die Einberufung der gesetzlichen und gesetzlichen Versammlung zu begründen. Er hat nicht nur das Gesetz, und die bestehende Volksvertretung, sondern auch die neueste Not für sich, die der einzugsüßterne, für jeden Vorwand dankbare Feind, uns schaffen will. Da aber gegenwärtig jeder Schritt auf seine politischen Wirkungen und die Entstellungsmöglichkeit geprüft werden muß, so wäre es noch richtiger gewesen, wenn der Reichstagspräsident den Zweck der Berufung auf die gesetzliche Bestätigung der Wahl einer Nationalversammlung begrenzt hätte, um dieser dadurch eine absolut sichere gesetzliche Grundlage auch für die Friedensverhandlung zu geben. Daneben hätte das Bedürfnis nach der Berufung eines zu den Friedensverhandlungen gesetzlich legitimierten Reichskanzlers und die Bereitschaft, einen Vertrauensmann der Arbeiterwelt im gegenwärtigen Zeitpunkt zu berufen, als alleiniger Punkt der Beschlußfassung bezeichnet werden können. Damit wäre den Elementen, die in Verbindung mit den Rührlisten die Arbeiterkreise irren machen wollen, und die auf das Mißtrauen der Massen spekulieren, die Waffe entzogen oder doch die Spitze abgebrochen.

Ich habe persönlich die Meinung, daß verantwortliche denkende Männer, zu denen Ebert,

Landsberg und Scheidemann gehören, und zu denen vielleicht nach seinen Einbliden auch Herr Baumbach zu rechnen ist, es innerlich nicht ablehnen würden, durch einen derartigen Beschluß festeren Boden unter die Füße zu bekommen. Aber freilich sie sind in ihrer Stellungnahme nicht frei und dieser Mangel an Freiheit nach innen ist auch nach außen die größte Gefahr, die jeden Augenblick katastrophal zu werden droht.

Der Weltkrieg und die Schulden der hauptsächlichsten Staaten in Milliarden Mark.

Die „Revue d'Economie politique“, Paris, von März-April 1918 teilt eine gedrängte Uebersicht über die Schulden der hauptsächlichsten Staaten der Welt mit. Die Uebersicht ist von der englischen Filiale der Schw...



Der Weltkrieg und die Schulden der hauptsächlichsten Staaten in Milliarden Mark. Der Weltkrieg hat die Schulden der hauptsächlichsten Staaten in Milliarden Mark. Die Zeitungsblätter rühmt die Sorgfalt, mit der die Bank stets ihre statistischen Aufstellungen gesucht habe und hält deshalb auch diese Uebersicht für wertvoll. Die Darstellung ergibt folgendes Bild:

Baden.

(-) Karlsruhe, 16. Dez. Vom Kriegsministerium Berlin ist ein Erlass betr. Entlassungsgeld und Entlassungsanzüge ergangen. In demselben ist die Frage nicht geregelt, ob auch Mannschaften, die vor dem 9. November 1918 entlassen wurden, dabei berücksichtigt sind. Da in großer Zahl Anfragen solcher Mannschaften beim Ministerium für militärische Angelegenheiten einlaufen, hat das Ministerium Anlaß genommen, in Berlin dahin zu wirken, daß auch vor dem 9. November 1918 entlassene Mannschaften unter bestimmten Bedingungen das Entlassungsgeld und den Entlassungsanzug erhalten sollen. Eine Regelung der Frage ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

(-) Karlsruhe, 16. Dez. Die Polizeidirektion teilt mit, daß die Zivilbevölkerung der neutralen Zone Reisebeschränkungen an sich nicht unterworfen ist, dagegen ist das dauernde Verlassen der neutralen Zone verboten. Ausnahmegenehmigungen, welche aus wichtigen, namentlich aus wirtschaftlichen Gründen, erteilt werden können, sind bei dem Bezirksamt einzuholen.

(-) Mannheim, 16. Dez. Aus drei Zimmern der Kinderschule wurden neun Violinen im Wert von 200 M. sowie Lehrmittel gestohlen.

(-) Oberstadt bei Buchen, 16. Dez. Im Vorwettbewerb mit einquartierten Soldaten wurde der erst aus dem Felde heimgekehrte Johann Gramlich durch einen Revolvererschuss in den Unterleib auf dem Heimweg getötet. Gramlich stand über vier Jahre vor dem Feinde, hatte stets Glück und mußte nun auf solche Art sein Leben einbüßen.

(-) Freiburg, 16. Dez. Der Soldatenrat Freiburg hat für das ganze Oberland alle Tanzveranstaltungen verboten.

(-) Stuttgart, 16. Dez. (Geldbetrug) Für Angaben, die zur Ermittlung der Diebe führen, die in der Buchdruckerei Greiner und Pfeiffer eine größere Anzahl Zwanzigmarscheine entwendet haben, hat die Polizeidirektion eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

Ein Deutscher

Von Otto Ruppel.

Als Young aber — es mochte wohl eine Stunde vergangen sein — das Hans wieder verließ, begleitete ihn Mr. Curry bis vor die Tür, sie drückten sich die Hände, und wenn es auch noch nicht gerade Sonnenschein auf Mr. Youngs Gesicht war, so konnte ich doch sehen, daß das Gelingen sich seitwärts weggezogen hatte. — Der Sprechende hielt plötzlich inne und horchte, „das ist die Postkutsche!“ rief er, und mit zwei vorsichtigen Sprüngen war der Schwarze aus dem Zimmer.

Reichardt begann mit langen Schritten sein Zimmer zu durchmessen. Bob hatte nichts von dem zu erzählen gewußt, was die plötzliche Freundschaft zwischen Young und dem Prediger geschafften und diese an die Stelle der drohenden Rache gesetzt, zu welcher der Erstere nur zu sehr berechtigt gewesen wäre, — aber Reichardt war doch klar darüber. Harriet und ihr Vermögen waren der Preis, mit dem sich Curry Verschwiegenheit geschafft, der Preis, um den Young die Ehre seiner Schwester verkauft hatte.

Reichardt blieb stehen, blickte wie scharf überlegend eine Weile vor sich hin, griff dann, wie noch immer mit seinen Gedanken beschäftigt, nach seinem Hut und verließ das Zimmer. Im Büro des Hotels erkundigte er sich nach Youngs Geschäftslokal, brannte sich eine Zigarre an und machte sich dann auf den Weg.

Der Aufmachung nach war es ein Expeditionsgeschäft, wie es deren im Innern zur Vermittlung des Weitertransports der Plantagenenerzeugnisse üblich ist. Reichardt trat in einen langen mit Wallen und Säulen besetzten Raum, und wurde von einem jungen Manne nach einem Stuhlchen im Hintergrunde gewiesen. Young sah, als Reichardt die Tür öffnete, an einem hohen Schreibtische, in die Durchsicht verschiedener Papiere vertieft und hob erst den Kopf, als er von dem Eintretenden seinen Namen nennen hörte.

„Ah, Mr. Reichardt!“ sagte er, sich langsam auf seinem Schemel herumwendend, „nehmen Sie Platz, Sir!“

„Ich komme, Mr. Young.“ begann dieser, sich auf dem nächsten Stuhle niederlassend, „um ein Verständnis zwischen uns zu versuchen.“

„Ah!“ versetzte mit Bewunderung der Amerikaner, während der Hohn um seiner Mund spielte.

„Sie hegen Wünsche in Bezug auf Miß Harriet Burton, Sir.“ fuhr Reichardt ruhig fort, „und halten mich für einen Stein in Ihrem Wege, den Sie beseitigen müssen.“

„Nicht daß ich mir vorstellen könnte, wie Sie sich in meinen Weg stellen könnten!“ unterbrach ihn Young, die Lippen geringschämend kräuselnd.

„Wird Ihnen vielleicht klar werden, wenn Sie mich nur, wie es zwischen Gentlemen üblich ist, ausreden lassen wollen!“ entgegnete Reichardt, seine Zigarre hehend. In Youngs Gesicht stieg eine leichte Röte; der Erstere aber fuhr ruhig fort: „Ich möchte Ihnen nun zweierlei sagen, Sie, Miß Burtons Verhältnis zu mir hat nichts als ihre Liebe für Rußland zum Grunde und kann auch im entferntesten nicht anderen Beziehungen im Wege stehen; trotzdem sind Ihre Bewerbungen um Miß Burton aus ganz bestimmten Gründen so vergeblich, Sie, daß Sie durch die Anfeindung meiner Person auf einer ganz falschen Fährte sind.“

Ein leichter Spott spielte jetzt um Reichardts Lippen; Youngs Gesicht hatte sich höher gefärbt, und nur mit Mühe schien er an sich zu halten. „Ich werde schnell zu Ende sein, Sir.“ fuhr der Erstere, seine Wälchen aus seinem Munde blasend, fort. „Die bestimmten Gründe nun, von denen ich sprach, liegen darin, daß Miß Burton genau von dem Verhältnis, das Sie und Mr. Curry vereinigt, unterrichtet ist, daß sich die Lady nicht zum Preis für die Verschwiegenheit einer Angelegenheit, die nur Sie und den Prediger berührt, machen lassen will. Miß Burton empfindet es zugleich unange-

nehm, daß das Wort, das sie mir für meine Anstellung als Organist verpfändet, durch eine Opposition, deren Hauptleiter sie in Ihnen erblickt, zu nichte gemacht werden soll, und so dürften Sie mich vielleicht jetzt verstehen, wenn ich eine Verständigung um unser Beider willen für gut halte.“

Aus Youngs Gesicht war mehr und mehr alles Blut gewichen, seine Augen blickten starr auf den Sprecher, und seine Hände hatten sich wie unwillkürlich geballt. Eine Pause erfolgte, nachdem Reichardt geschlossen, und erst nach einer Weile schien dem Amerikaner ein bestimmter Gedanke zu kommen. Er sah finster vor sich nieder und sagte: „Hat Ihnen Miß Burton den Auftrag gegeben, mir diese Eröffnungen zu machen?“

„Nicht im Entferntesten, Sir, und ich glaube auch nichts dem ähnliches gesagt zu haben.“ erwiderte Reichardt, die Asche von seiner Zigarre schnellend. „Daß ich hierher kam, geschah aus keinem anderen Grunde, als Sie aus einem Irrtume zu reifen, unter dem Sie augenscheinlich handelten, und so uns in das rechte Verhältnis gegenseitig zu setzen. Sie mügen zugleich versichert sein, daß es jetzt einzig in Ihrer Hand liegt, eine Bloßstellung zu vermeiden — Miß Burton wünscht diese eben so wenig als ich selbst. Glauben Sie indessen, Sie, daß meine Stellung Ihnen gegenüber immer genau dieselbe sein wird, die Sie gegen mich einnehmen.“ Er warf einen Blick auf Young, der wort- und regungslos vor sich niederstarrte, erhob sich dann und verließ mit einem „Good evening, Sir!“ den Raum.

Er fühlte sich frei und leicht, als er die Straße erreichte; er hatte in der ruhigsten Weise seine Absicht ausgeführt und wohl dadurch zugleich die rechte Wirkung erzielt. Jetzt hätte er am liebsten zu Harriet eilen mögen, um ihr die Botschaft zu bringen, auf die sie sicher am wenigsten vorbereitet war; aber die Sonne war eben erst im Untergehen begriffen, und so nahm er seinen Weg wieder nach dem Hotel.



Die Umwälzung im Reich.

Ebert für die Vorverlegung der Wahlen.

Berlin, 16. Dez. Gestern fanden drei große Versammlungen der soz. Partei statt, in denen Scheide- mann, Ebert und Landsberg sprachen. Ebert sagte mit Bezug auf die heute stattfindende Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte, sie möge mithelfen, die hochentwickelte deutsche Industrie gegen Bahonitz und Oberwis (der Radikalen) zu schützen, die Einheitlichkeit der Reichsregierung zu ermöglichen und der Regierung durch Schaffung der Volkswehr das Mittel zu geben, jeden Versuch, die Wahlen oder die Nationalversammlung zu stören, rücksichtslos zu unterdrücken. (Der radikale preuß. Kultusminister A. Hoffmann hatte in einer Versammlungsrede gedroht, die Nationalversammlung müsse mit Gewalt auseinandergetrieben werden wenn sie der Durchführung der soz. Revolution im Wege sei. V. Schr.) Die Wahlen sollten 4 Wochen vor der anberaumten Frist vorverlegt werden.

Die „Soz. Ztg.“ schreibt dazu: Es ist bemerkenswert, daß die Regierung die Entschlossenheit zeigt, der drohenden Anarchie entgegenzutreten. Was jetzt in Fabriken (dank der Umtriebe der Radikalen) vor sich geht, bedeutet den Ruin Deutschlands. Kein Volk kann leben, ohne zu arbeiten. Jetzt nach dem verdrängten Krieg wird alles die Arbeit Deutschlands wieder aufrichten können. Der Volksbeauftragte hat den Arbeitern, die glauben, daß die selige Zeit kein Ende nehme, solange das Reich Noten druckt, zugerufen: „Hundert-Markstücke könnt Ihr doch nicht essen!“ — „Nach zwei Monate, sagt die „Soz. Ztg.“, und Deutschlands schöne Produktionsstätten können mit deutschem Kapital nicht mehr betrieben werden. Sie soll in dann aus dem Reichskonturs reislos den Engländern oder Amerikanern zu.

Berlin, 16. Dez. Die bürgerlichen Parteien veranfaßten gestern mehrere Versammlungen. Der Regierung wurde von dem Abg. Naumann vorgeworfen, daß sie nichts leiste und keine Willensstärke gegen die Umtriebe der Spartakusleute zeige. Dernburg rief aus: Weg mit diesem System. In Entschuldigungen wurde gegen die Verschleppung der Nationalversammlung protestiert und verlangt, daß die Regierung der Gewalt Herrschaft ein Ende mache.

Die Spartakusleute machten einen Umzug, an dem sich auch Schullinder beteiligten. Vor dem Abgeordnetenhaus, dem Sitz des Volkskongresses wurden Reden gehalten, worin für die Jugendlichen verlangt wurde: Sechsstündiger Arbeitstag für Leute unter 18 Jahren, Mindestlohn, Beschränkung der Arbeitszeit auf 2 Jahre, Herabsetzung des Wahlrechtsalters und Volljährigkeit mit dem 18. Lebensjahr, Mitbestimmungsrecht der Nichtgewerkschaftlichen bei der Staatsverwaltung, Abschaffung der Wehrpflicht und des Zuchtungsrechts.

Aus dem Parteileben.

Berlin, 16. Dez. Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei beschloß, die Organisation der nationalliberalen Partei aufrecht zu erhalten, wenn auch unter dem neuen Namen und dem Programm der deutschen Volkspartei.

Zustimmungen an Fehrenbach.

Karlsruhe, 16. Dez. Dem Reichstagspräsidenten Fehrenbach sind anlässlich seiner Stellungnahme für die Wieder-Einberufung des Reichstags über 200 telegraphische Zustimmung aus Kreisen der Reichstagsmitglieder zugegangen.

Hindenburg an die Eisenbahner.

Berlin, 15. Dez. In einem Rundschreiben an alle deutschen Eisenbahnverwaltungen spricht Generalfeldmarschall v. Hindenburg den deutschen Eisenbahnbehörden und allen ihren Angestellten seinen Dank für alles aus, was von den Heimatverwollungen während der hinter uns liegenden Kriegsjahre in Dienste des Heeres geleistet ist. Der Schnelligkeit und Sicherheit in der Bewältigung aller großen Transportbewegungen in den 51 Monaten des Krieges sei es nicht zum wenigsten zu verdanken, daß bis zum letzten Tag die Wirren des Krieges dem Boden der Heimat ferngehalten worden seien. Hier habe sich die rastlose opferwillige Arbeit der deutschen Eisenbahner bewährt. Der ewige Dank des Heeres und der Heimat sei allen deutschen Eisenbahner gewiß. Dann heißt es in dem Schreiben weiter: „Aber mit diesem Dank verbinde ich eine Bitte: Wir stehen noch nicht am Ende unserer Arbeit. Riesengroß sind die Leistungen, die in diesen Tagen und Wochen von den deutschen Eisenbahner gefordert werden. Außer der Rückführung des Heeres gilt es, das gesamte heimische Wirtschaftsleben, vor allem den Lebensmittel- und Kohlenverkehr, aufrecht zu erhalten. Der deutsche Eisenbahner wird auch diese Aufgabe lösen. Er, der 52 Monate lang unter Hintansetzung der persönlichen Wünsche und Vorteile draußen auf seinem Posten gestanden hat, wird auch für die wenigen Wochen der Krisis, die vor uns liegt, noch ausstehen können, sich selbst und seinem Vaterland treu, zum Ruhm der deutschen Eisenbahner.“

Beschleunigung der Lebensmittelversorgung?

Köln, 16. Dez. Nach der „Köln. Ztg.“ haben sich die Vertreter des Verbands auf den Verhandlungen in Trier bereit erklärt, eine Beschleunigung der Lebensmittelzufuhr unter gewissen Voraussetzungen zuzulassen.

Unruhen in Dresden.

Dresden, 16. Dez. Vor dem Konzerthaus in der Reibbahnstraße kam es durch Anhänger der Spartakusgruppe zu Ausschreitungen, wobei ein wachhabender Soldat von einer Frau, die eine Pistole aus dem Ruff jagt erschossen wurde. Auch ein Zivilist wurde getötet, 5 Soldaten und 3 Zivilisten sind getötet. 40 Rädelstörer wurden verhaftet.

Neues vom Tage.

Gegen die Trennungsbestrebungen.

Köln, 16. Dez. In Versammlungen der liberalen, demokratischen und sozialdemokratischen Partei wurde gegen die Errichtung einer selbständigen rheinisch-westfälischen Republik scharfer Einspruch erhoben. Auch viele Männer der Wissenschaft und der Industrie haben öffentlich Verwahrung eingelegt.

Ausstände.

Essen, 16. Dez. Wegen Lohnstreitigkeiten sind mehrere tausend Arbeiter im Ruhrgebiet in den Ausstand getreten. Der Streik hat auch auf die Zeche Altsiedel, die zur Hibernia gehört, übergegriffen. Die Vertreter des Zechenverbands erklärten sich bereit, eine Lohnhöhung von 16 Prozent auf den Durchschnittslohn ab 1. Januar 1919 einzutreten zu lassen, wenn die Verkaufspreise für Kohlen, Koks und Brekettts entsprechend erhöht werden können.

Rückkehr der Gefangenen.

Konstanz, 16. Dez. Am Samstag nachmittag trafen 47 deutsche Internierte aus der Schweiz hier ein. Am Dienstag beginnt der Rücktransport der deutschen Internierten aus englischer Gefangenschaft, 26 Offiziere und 440 Mann werden mit dem ersten Transport hier eintreffen. In der nächsten Zeit sollen 75 000 gefangene Franzosen und Engländer über Konstanz nach Hause geschickt werden.

Zu Sicherheit.

Berlin, 16. Dez. Der Kommandant und der Soldatenrat der 22. Landwehr-Division teilen aus der Ukraine mit, daß zu Beförnissen für die Angehörigen der 22. Landwehrdivision und der Garnison Zhitomir kein Grund vorhanden ist.

Helsingfors, 16. Dez. Bei Gelegenheit der heutigen Abschiedsparade der letzten deutschen Truppen vor General von der Goltz fanden begeisterte Kundgebungen der Bevölkerung für Deutschland statt.

Die Belgier in Aachen.

Haag, 16. Dez. Die holländische Zeitung „De Vaderland“ berichtet von dem gewalttätigen Benehmen der belgischen Truppen in Aachen. Während die Engländer sehr zurückhaltend waren, schwärmen die Belgier in der Stadt umher, plündern die Läden und verüben an den Bewohnern Exzesse; den Offizieren gehorchen sie nicht mehr. Die Stadt hat keine Kohlen mehr und die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Zwischen Franzosen und Belgier kam es mehrfach zu Prügeleien.

Paris, 16. Dez. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ werden Clemenceau, Foch, Pichon, Bourgeois und wahrscheinlich Thardieu die Vertreter Frankreichs auf der Friedenskonferenz sein.

Schwedische Grüße an Wilson.

Stockholm, 15. Dez. Die beiden Kammern des schwedischen Reichstags telegraphierten an den Präsidenten Wilson, sie heißen ihn in Europa willkommen, in der lebhaften Hoffnung, daß die edlen Grundzüge, die er für das Zustandekommen eines dauernden und auf Gerechtigkeit beruhenden Weltfriedens ausgesprochen habe, auf dem Friedenskongreß verwirklicht werden. Auch die liberalen, sozialistischen und konservativen Parteien sandten Begrüßungstelegramme ab.

Hetman Skoropadski dankt ab.

Kiew, 15. Dez. Kiew ist am 14. Dez. von Truppen des Direktoriums besetzt worden. Die Regierungstruppen sind entwaffnet. Der Hetman dankt ab. Die Ruhe wird von Truppen des Direktoriums und deutschen Truppen aufrecht erhalten.

Kongreß der A- und S.-Räte Deutschlands.

Berlin, 16. Dez. Heute wurde im preussischen Abgeordnetenhaus der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands eröffnet. Am Regierungstisch sitzen die Mitglieder der Regierung, sowie der Volkskongreß. Saal und Tribünen sind dicht besetzt. Der Tisch des Präsidiums, die Rednertribüne und die Bankviertel sind mit rotem Tuch ausgelegt. Richard Müller eröffnet die Versammlung mit einer Ansprache in der er u. a. ausführte: Hier in diesem Saale, wo ehemals die stärksten Stützen der alten, schuldbeladenen, gestützten Regierung saßen, treten heute die Vertreter der A- und S.-Räte Deutschlands zusammen, um den Grund der neuen sozialistischen Republik zu legen. In diesem Saale, wo die brutalsten Verbrechen, die Kraut- und Schloßmaler verübt und erreicht haben, das deutsche Volk in Fesseln zu schlagen, wollen wir die Errungenschaften der Revolution fest verankern. Es soll keine Herrschaft, noch Beherrschung geben, keine Ausbeuter und keine Ausgebeuteten, sondern nur freie und gleiche Bürger.

Volksbeauftragter Ebert: In einer Stunde leidenschaftlicher Entschlossenheit habt Ihr in den ersten Novembertagen zertrümmert, was im Laufe der Zeit morsch geworden war. Ihr habt die Abhängigkeit zertrümmert, die man als Gott gegeben ansah und den deutschen Volksstaat vollkräftig ins Leben gerufen. Die alten Stützen sind mit einem Schlage zerbrochen. Das Recht des Volkes ist die Grundlage des deutschen Staates. Aber wir sind uns klar darüber, daß die deutsche Republik erst dann den Kern ihres Wesens erfüllen kann, wenn sie nicht nur die Herren, sondern auch die Ausbeuter beseitigt. Die tapferen Kämpfer der Revolution wollen die Republik der Freiheit erobern, die öffentliche sozialistische Volksrepublik. Diese junge Volksrepublik macht einstweilen noch einige Kinderkrankheiten durch. Auch 5 Wochen nach der Revolution ist der neue Staat noch nicht so gefestigt und geordnet, wie die alte 500jährige Herrschaft der Hohenzollern und die 1000jährige der Wittelsbacher. Nach der großen Leichtfertigkeit der früheren Gewalten teilt die junge Volksrepublik vor der größten Aufgabe, die je einem erst zu schaffenden Staatswesen gestellt worden ist. Inmitten eines allgemeinen Man-

an Bedarfsfällen soll sie ungezählten Millionen Arbeit verschaffen, während alle Hoffnungen fehlen. Die ungestellte Aufgabe ist wahrhaft gigantisch. Ihre Lösung ist unmöglich, wenn jeder nach seinem eigenen Kopf darauf loswirtschaftet. In Deutschland kann es in Zukunft nur einen Rechtsstaat geben. Das ist der Wille des ganzen deutschen Volkes. Das war der Geist der Revolution. Das liegende Proletariat richtet keine Klassenherrschaft auf. Es überwindet politisch und wirtschaftlich die alte Klassenherrschaft und setzt an ihre Stelle die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt. (Beifall.) Demokratie und Nationalversammlung bieten für endgültige Überwindung der alten Klassenherrschaft dauernde Garantie. Die Demokratie ist allein der Fuß, auf den die Arbeitermasse die deutsche Zukunft stellen kann.

Zu Vorgesetzten werden gewählt: Oberbürgermeister Reinert-Hannover (Mehrheitssozialist), Seeger-Leipzig (Unabhängiger) und Gromenolla (Vertreter der Soldaten der Westfront). Zu Schriftführern werden gewählt 3 Mehrheitssozialisten, 3 Unabhängige und je 1 Vertreter der Ost- und Westfront und der Marine. Ein neungliedriger Mandatsprüfungsausschuß wird nach den gleichen Gesichtspunkten eingesetzt. Ein Antrag, Liebknecht und Kossel als Gäste zum Kongreß zuzulassen, wird abgelehnt. (Großer Lärm bei einem Teil der Versammlung.)

Verschleuderung von Heeresgut.

Wien, 16. Dez. Der Soldatenrat veröffentlicht Belege für Verschwendung von Stoffen und Vorräten an militärischen Lagern an den Hof Kaiser Karls, an die Erzherzöge und hohe Militärs. Auch die in die Millionen gehenden Verschleuderungen von Militärgut durch Soldaten, Militärbeamte usw. sollen untersucht werden.

Verblühte Ausweisung des Kaisers?

Amsterdam, 16. Dez. „Maandags Ochtenblad“ will aus guter Quelle erfahren haben, daß man von amilich: Seite versucht habe, den früheren deutschen Kaiser dazu zu bewegen, Holland freiwillig zu verlassen, um die mit seinem Aufenthalt in Holland verbundene ernste Gefahr zu beseitigen. Der Kaiser soll auf dieses Ersuchen nicht eingegangen sein.

Volschewistische Umtriebe.

Berlin, 16. Dez. Aus Kopenhagen wird den Politisch-Parlamentarischen Nachrichten berichtet, daß dort russische Einkäufer an die ankommenden Deutschen herantreten und für die deutsche Mark 10 v. H. über den Wechselkurs der Banken zahlen. Das Geld wandert nach Rußland und von dort für die bolschewistische Propaganda wieder nach Deutschland.

Amsterdam, 16. Dez. Der katholische Abgeordnete Bomans hat seinem kommunistischen Kollegen Wijnkoop vorgeworfen, daß er aus Rußland 60 000 Gulden für umstürzlerische Propaganda erhalten habe. Wijnkoop wurde darüber gefragt. Seine Antwort lautete nicht befriedigend.

Polen gegen Deutschland.

Warschau, 16. Dez. Die polnische Regierung hat die amilichen Beziehungen zur Reichsregierung abgebrochen. Der deutsche Vertreter Graf Kessler reist mit dem ganzen Gesandtschaftspersonal ab.

(-) Stuttgart, 16. Dez. (Jubiläumsspende.) Aus Anlaß seines 75jährigen Jubiläums hat der Verlag des „Neuen Tagblatts“ dem Verein deutscher Zeitungsverleger zu dessen Jubiläumsspendung den Betrag von 10 000 M. und dem Verein württ. Zeitungsverleger einen solchen von 5 000 M. überwiesen.

(-) Stuttgart, 16. Dez. (Natur- und Heimatschutz.) An Stelle des früheren Kultministers Dr. v. Fleischer hat das Amt eines Vorgesetzten beim Landesauschuß für Natur- und Heimatschutz auf Einladung des Vorstands Kultminister Demmann in vorläufiger Weise übernommen.

(-) Stuttgart, 16. Dez. (Berufung.) Seminaroberlehrer Pfeilschinger am Lehrerinnenseminar in Ulm, ist als Kollegialmitglied in den lath. Oberschulrat berufen worden. Pfeilschinger ist aus dem Volksschulcherrstand hervorgegangen.

(-) Stuttgart, 16. Dez. (Walddiebstahl.) Für Angaben, die zur Ermittlung der Diebe führen, die in der Buchdruckerei Greiner und Pfeiffer eine größere Anzahl Kwanzigmarscheine entwendet haben, hat die Volksgeldaktion eine Belohnung von 1 000 M. ausgesetzt.

(-) Cannstatt, 16. Dez. (Wilhelma.) Der Betrieb der berühmten Gärten und Gewächshäuser in der Wilhelma wird vorläufig weitergeführt.

(-) Großschafheim O. B. Baihingen, 16. Dez. (Truppenheimkehr.) Das 3. Landsturm-Bataillon Ludwigsburg XIII/28 traf heute Mittag 12 Uhr aus Rumänien kommend hier ein, wo es zur Auflösung kommt.

(-) Ulm, 16. Dez. (Stadttheater.) Der Betrieb des hiesigen Stadttheaters soll völlig umgebildet werden, indem künftig nur Schauspielkräfte auf die Dauer eines Jahres in städtische Dienste verpflichtet werden. Der Direktor soll städtischer Beamter mit Gehalt werden, so daß er den Betrieb nur nach künstlerischen Gesichtspunkten und nicht mehr nach Erwerbsrücksichten einrichten kann. Man hofft, daß dadurch wertlose, sog. Juglunde vom Spielplan verschwinden.

(-) Ulm, 16. Dez. (Erwischter Damsterer.) Die Polizei hat in der Wohnung eines Oberschulrats bei der Kreisregierung ein großes Damsterlager entdeckt, das an Umfang einem mittleren Speereiladen gleich. Außerdem waren Brotmarken in größerer Zahl vorhanden. Nach Lage der Sache kann angenommen werden, daß diese von der Markenabgabestelle stammen, bei der der Damsterer mitbeschäftigt war. Aus vorgefundenen Aufschrieben ging hervor, daß er einen schwunghaften Handel mit Lebensmitteln nach Ulm betrieb, wobei er sich für Ruder bis 3,60 M. für Butter bis 19 M. bezahlen ließ.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Ulm. Verantwortlich: E. Reinhardt baselbst

Wildbader Brief.

Wir Deutschen sind heute mit einem Ball zu vergleichen, der aus beträchtlicher Höhe herunter geworfen worden ist. Fällt der Ball auf festen Boden, dürfen wir nach dem Gesetz der Schwerkraft und Abstoßung sicher sein, ihn wieder auf seiner früheren Höhe zu sehen. Ja wir beobachten sogar, daß die ursprüngliche Höhe manchmal überschritten wird.

Wie aber, wenn fester Boden fehlt, wenn dieser Ball Schmutz und Morast berührt?

Glendes Vorkommen wäre das sichere Los!

Heute stehen wir vor dieser Wahl, wir haben nur noch Weniges unter unseren Füßen. Mit Wacht sind wir herabgeschleudert worden.

Unser Volk muß handeln! zwei mächtige Gewalten harren in Aufnahme entgegen.

Hier Morast, elender Schmutz und frechende Fäulnis, gleichberechtigt mit Buchtlosigkeit, niederrächtigem Egoismus und Atheismus.

Dort fester Boden mit seinen unvergänglichen Quarz und Kiesel-Adern gleichbedeutend mit Selbstzucht, Gottvertrauen und Nächstenliebe.

Dem denkenden Menschen sollte es nicht schwer fallen wohin er seinen Ball, sein Schicksal zu lenken hat.

Offensichtlich harret ihm hier Verderben, dort Zukunft und Leben entgegen.

Wer hätte geglaubt, daß es Zeiten geben kann, in welchen die Verblendung triumphiert und die Menschen das Böse und Gute nicht mehr unterscheiden können?

Gesehen wir es ein: Ein Teil unseres Volkes ist von Fäulnis untergraben, Schmutz und Schlamm drohen es zu erstickten.

Wir hören das entsetzliche Schreien und fühlen deutlich, daß es ihm nicht all zu behaglich zu Mute ist.

Armes deutsches Volk bist du so tief gesunken, daß du dich deiner heiligsten Güter:

Selbstzucht, Gottvertrauen und Nächstenliebe nicht mehr erinnern kannst?

Greifen wir zunächst auf unsere Friedenszeit zurück, die uns jetzt allen wie ein Paradies erscheint.

So manches mag damals Bizarrot gewesen sein, wenn wir aber unsere heutigen Zustände damit vergleichen, wären wir sicher alle bereit, noch tausendmal mehr Barden in Kauf zu nehmen.

Wohl gab es auch innere Spaltungen, galt es aber Allgemeinwohl zu fördern, stand ein Jeder hinter dem Anderen.

Kein Wunder, daß sich bei Kriegsausbruch keinerlei Spaltungen zeigten und dieser Selbstzucht verdanken wir die unerschütterlichen Erfolge unseres Heeres.

Niemand glaubte, daß es anders kommen konnte wenn gleich das Gift der Fäulnis schon gepflanzt war.

Die Heimat zeigte sich zum vorbereiteten Gewinnsucht, Wucherer Unzufriedenheit mit Buchtlosigkeit, verflechter Vergnügungstaumel mit Ach und Genuß wechselten mit diesen andern noch aufgegangenen Giftkäufern.

Die Strapaze ließ nicht lange auf sich warten, hier wurde die Volksmoral ebensovornig gefördert Ungerechtigkeit, Härte und hundert andere Begleitererscheinungen zeigten bald das offene Geheimnis unseres Verfalls.

Mit einem Wort, Deutschland glich einem kranken Mann, der nicht an einer großen Krankheit, sondern an unzähligen kleinen eines Tages bitter büßen sollte.

Wir mühen uns unserm Kaiser und vielen anderen berufenen Persönlichkeiten das Verdienst lassen; sie sahen das Unglück ihres Volkes kommen. Die mannigfaltigen Friedensangebote entsprangen nicht zuletzt dieser Erkenntnis.

Unsere Feinde waren aber noch bessere Diagnostiker, sie sahen früher den Verfall und ließen den Fäulnisprozess voll zu seiner Wirkung bringen.

Wir alle mühten ihn am eignen Leibe erfahren.

Noch zittern die Grundmauern von diesem furchtbaren Erleben.

Wie sich ein Ertrinkender an den Trümmern seines verloren gegangenen Schiffes klammert, so suchen wir heute nach den Stützen die wir so gern Eigenart des deutschen Volkes nannten.

„Selbstzucht, Gottvertrauen und Nächstenliebe“.

Wo sind sie in letzter Zeit geblieben!

Wir richten täglich neue Bittgesuche an Frankreich und England, wir bitten Wilson um Nächstenliebe und wünschen die Verkörperung vieler anderer Tugenden.

Dabei gleichen wir einem Menschen der ständig Anleihen aufnimmt, viele Zinsen aufgebürdet bekommt und dabei sein eigenes Kapital zu Haus den Dieben preisgibt.

Befinnen wir uns auf uns selbst, üben wir täglich diese Eigenschaften die uns wieder zu einer sicheren Höhe bringen müßen.

Wie klein berühren uns heute die Kreise der Namen, des Hochmuts, Eramen und anderer gesellschaftlicher Erscheinungen wie groß die des menschlich brüderlichen Erkennens, der Wahrheit und der Selbstzucht.

Warum schließen wir nicht solche Kreise, warum verschließen wir unser Verstand den einzig wahren und einzig befriedigenden Grundsätzen? Hier sind wir alle gerufen, niemand darf abseits stehen!

Auch wir in Wildbad wollen diesem Ruf folgen.

Unsere Seelsorge ist allein nicht im Stande jeden einzelnen auf seinen rechten Weg zu führen deshalb appellieren wir an Jeden unter uns. Laßt uns Selbstzucht, Gottvertrauen und Nächstenliebe üben!

Verlieren wir keine Minute schon jetzt unter unseren Mitbürgern Umschau zu halten. Viele werden die Unterstützung der besser Bemittelten dringend nötig haben.

Unsere Häuser und Wohnungen sind zum größten Teil reparaturbedürftig. Denken wir sogleich an unsere Heimatlehrer, Wildbader Krieger, die uns als Arbeiter, Handwerker, Gewerbetreibende oder Beamte die wahre Nächstenliebe durch Einsetzung ihrer Existenz, in ihres eigenen Lebens bewiesen haben. Zeigen wir ihnen mit unserem Wohlwollen mit unserer Arbeitsunterstützung, daß wir sie in der Heimat nicht verlassen, daß wir wenigstens einen kleinen Teil der Nächstenliebe zurückvergüten wollen. Denken wir nicht, wir wollen bis zum Frühjahr warten, nein jetzt tut es dringend Not einen Glanz in unserer Gemeinde vorzubringen.

Bezeugen wir auch volles Vertrauen und ungeteilte Achtung den Reichen, die unserem schönen Wildbad zu dieser Höhe geholfen haben, denken wir immer daran, daß auch im neuen Staat der Beamte unser Eckpfeiler bleiben muß.

Erleichtern wir durch Anstand und Sitte ihr schweres Amt und seien wir eingedenk, daß ihre Kraft, ihre Gesundheit ausschließlich unserem Wohl gewidmet ist. Zeigen wir überhaupt jedem einzelnen in unserer Gemeinde, daß wir in seinem Auge auch das Auge unseres Bruders sehen, suchen wir sein Vertrauen durch Offenheit, Wahrheit und Achtung zu gewinnen. Wir dürfen sicher sein, selbst ein Verlorener wird sich wieder zu uns finden. Versuchen wir eine zeitlang uns jeden Abend die Frage vorzulegen ob wir einem Jeden gegenüber diese Pflicht erfüllt haben.

Ertappen wir uns auf Fehler, dann wollen wir uns geloben am nächsten Tage dieselben zu verbessern. Wunderbarerweise werden wir schon nach kurzer Zeit eine innere Befriedigung spüren, so manches düstere erscheint uns heller und unser Charakter wird sich selbst zu seinem Vorteil verändern. Wenn wir hören, daß der Vorteil dieses bewußten Lebens ebenso auf unserer Seite liegt, dann wollen wir nicht zögern, heute schon damit zu beginnen.

Wir fördern damit auch unser Gemeinde- und unser Volkswohl.

Möge deshalb jeder Wildbader nur der einen Partei angehören die in Selbstzucht, Gottvertrauen und Nächstenliebe ihr Heil erblickt.

Einwohner Wildbads gedenket dieser heiligen Güter!

Zur Beachtung.

Um nirgends angestoßen, machen wir darauf aufmerksam, daß wir „Eingesand“ während der Zeit der Wahlen als Inserate behandeln auch wenn dieselbe im redaktionellen Teil platziert werden. Bei der allgemeinen Teuerung aller zur Herstellung einer Zeitung notwendigen Materialien, nicht zuletzt auch der Arbeitszeit, ist das gewiß ein billiges Verlangen denn jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert. Ausgenommen hiervon sind Versammlungsberichte oder solche Artikel welche mit der Politik nichts zu tun haben.

Verfügung des Arbeitsministeriums, betreffend weitere Maßnahmen zur Kohlenersparnis.

Infolge der Rückbeförderung der Truppen ist die Rheinwasserstraße vom 24. November ds. Jz. ab auf 14 Tage ganz gesperrt. Dadurch werden die Kohlenlieferungen nach Württemberg voraussichtlich auf 3 Wochen unterbrochen. Um einem völligen Mangel an Kohlen bei Gas- und Elektrizitätswerken, in den Fabriken usw. vorzubeugen, ordne ich deshalb als Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilisierung mit Zustimmung der provisorischen Regierung folgende Maßnahmen zur Kohlenersparnis an:

- Die Arbeitszeit wird festgesetzt:
 - a) für Gewerbebetriebe, die zum Betrieb aus Kohle erzeugte motorische Kraft oder Kohle zur Heizung brauchen, auf 9-2 Uhr bei Durcharbeit, 8-12 Uhr bei Schichtarbeit, 12 1/2-4 1/2 Uhr bei Schichtarbeit.
 - Die Anordnung von Schichtarbeit bedarf der Zustimmung der Wirtschafts-Technischen Abteilung des Arbeitsministeriums.
 - Für Gewerbebetriebe, die zum Betrieb weder aus Kohle erzeugte motorische Kraft oder Beleuchtung noch Kohle zur Heizung brauchen, bleibt die Verfügung des Arbeitsministeriums über die Regelung der Arbeitszeit in Gewerbebetrieben vom 15. November 1918 (Staatsanzeiger Nr. 270) maßgebend.
 - b) für Büros, Kanzleien, Schulen usw. 9-2 Uhr bei öffentlichen Behörden im Bedarfsfall außerdem von 3 1/2-6 1/2 Uhr.
- Ausgenommen sind von a und b die Verkehrsanstalten und Sicherheitsbehörden.
- Laugeschäfte dürfen offen gehalten werden in der Zeit von 9-4 Uhr. Das Personal darf nur innerhalb dieser Zeit beschäftigt werden.
- Die Postzeitung wird für das ganze Land auf 9 Uhr abends festgesetzt; Theater- und Kinovorstellungen sind um 8 Uhr zu schließen. Letztere dürfen nicht vor 3 Uhr nachmittags beginnen.
- Die Straßenbeleuchtung ist spätestens um 10 Uhr abends einzuschalten, wenn zur Erzeugung des dabei verwendeten Lichts Kohle verwendet wird.
- Der Straßenbahnbetrieb wird beschränkt auf die Zeit von 7 Uhr morgens bis spätestens 10 Uhr abends.
- Die Elektrizitätswerke sind angewiesen, den Kolbentriebsplan bis auf weiteres einzuführen.

Der Eisenbahnfahrplan kann an die Arbeitszeitkürzung nicht sofort angepaßt werden.

Ausnahmen von vorstehenden Einschränkungen kann das Arbeitsministerium anordnen. Anträge zu Ziff. 1 und 2 sind an das Landesamt für Arbeitsvermittlung, zu Ziff. 4, 5 und 6 an die Wirtschafts-Technische Abteilung des Ar-

bbeitsministeriums zu richten. Für Ausnahmen von der Polizeistunde gelten die bisherigen Vorschriften.

Auf den Lohnausfall infolge der Arbeitszeitverkürzung sind, soweit nicht Verabredungen zwischen Arbeiter- und Unternehmerverbänden getroffen werden, die Vorschriften über Erwerbslosensfürsorge Anwendung.

Die Beschränkungen dieser Verfügung werden aufgehoben werden, sobald die Lage der Kohlenversorgung es gestattet.

Die Verfügung tritt sofort in Kraft.

Stuttgart, den 20. November 1918.

Lindemann.

Zur Nachricht bekannt gemacht.

Wildbad, den 12. Dezember 1918.

Stadtschultheißenamt: Bygner.

An Waschmittel erhalten auf Lebensmittelmarkt 20
 Schwerarbeiter 1 Paket, Schwerarbeiter 2 Paket Meißelsofa
 " 1 " " 2 " Seifenpulver
 " 1 Stück, " 2 " Handwaschbrot
 Schwer- und Schwerarbeiter je 2 Stück Seife.
 Listenschluß Mittwoch abend 4 Uhr.

Stadt-Lebensmittelamt Wildbad.

Hausverkauf.

Ich beabsichtige, da ich wegen vorgerückten Alters mein Schuhgeschäft nicht wieder erneuern will, wenn es auch voraussichtlich in Wäldle 3 jeden gäbe, mein Haus Hauptstraße 117 zu verkaufen.

Das Haus würde sich zu jedem Geschäftsbetrieb eignen vermöge seiner Räumlichkeiten und seiner günstigen Lage inmitten der Stadt. Einem tüchtigen strebsamen Geschäftsmann wäre Gelegenheit geboten dieses Haus um annehmbarem Preis mit günstigen Bedingungen erwerben zu können. Ernstgemeinte Liebhaber wollen sich an mich wenden

Willy. Luz.

Oeffentliche Versammlung

Am Mittwoch den 18. Dez. abends 7 Uhr

findet im Gasthaus zur alten Linde eine öffentliche Versammlung statt zur Wiederwahl eines Arbeiterrats.

Die Einwohnerschaft Wildbads wird höflichst eingeladen

Die Einberufer-

1 Zimmer mit Küche	Einige Dreifüße und dünnflüßige Sohlennägel hat preiswert abzugeben. Fritz Brauß, Hauptstraße 122
an geordnete kleine Familie zu vermieten. Näheres zu erfragen bei Malermeister Luz.	
Eine schöne 3-5 Zimmer-Wohnung	Eine gespielte Mandoline wird zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe an die Exped. d. Bl. (199) Gest. Angebote an Hans Brauß.

Spielwaren

finden Sie sehr preiswert und in großer Auswahl bei

Josef Mayer

König-Karlstraße No. 70.

NB. Ebenso passende Weihnachtsgeschenke, sowie Schulranzen und Rodelschlitten.

Aufruf der Württembergischen Bürgerpartei

Deutsche Männer! Deutsche Frauen!

Des Vaterlandes heilige Not pocht an unsere Herzen und rüttelt an unserem Gewissen. Unser stolzes deutsches Reich, das Lebenswerk unseres Bismarck, ist zertrümmert. Unordnung, Klassenherrschaft und Gewalt triumphieren. Das Gebot der Stunde war der Zusammenschluß des gesamten deutschen Bürgertums. Die Demokratie hat ihn verweigert. Nun soll sich die Sammlung des Bürgertums unter der Fahne der Württembergischen Bürgerpartei vollziehen.

Unter dieser Fahne sammelt euch! Stehet auf! Einiget euch!

Lasset uns die alten guten Bürgertugenden verteidigen, ein lebensvolles Christentum wahren! Haltet hoch die heiligen Güter der Ordnung und Freiheit, der Wahrheit und Gerechtigkeit! Hütet deutschen Geist und deutsche Art!

Im Glauben an des deutschen Volkes Zukunft wollen wir aus dem Jammer der Gegenwart unser geliebtes Vaterland zu besseren Zeiten herausführen und kraftvoll arbeiten an seinem Wiederaufbau, furchtlos und treu!

Die Ziele, die wir erstreben, sind im einzelnen folgende:

1. Verfassungs- und auswärtige Politik

Wir fordern eine geordnete, starke und gesicherte Staatsregierung im Land und im Reich; sie ist die notwendige Voraussetzung für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau. Wir sind bereit, auf dem Boden jeder Staatsform mitzuwirken, in der Recht und Ordnung herrschen. Wir weisen jede Diktatur oder Bevorzugung einer einzelnen Volksklasse zurück und wollen alle Bürger und Stände gleichmäßig an der Gesetzgebung und Vollziehung beteiligen.

Wir vertreten mit Entschiedenheit den Reichsgedanken, wollen aber die Selbständigkeit und Leistungsfähigkeit der Bundesstaaten und die Eigenart der deutschen Stämme erhalten. Wir erwarten, daß die Regierungen auf den baldigen Abschluß eines Friedens hinwirken, der die Vereinigung aller deutschen Stämme im Verband des Reiches gewährleistet. Jeden Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden lehnen wir entschieden ab.

Wir unterstützen die vorläufigen Regierungen und fordern, daß mit der allergrößten Beschleunigung Landes- und Reichsversammlung zusammenzutreten, um unabhängig über die Verfassung zu entscheiden und zu beschließen.

Wir treten jedem Internationalismus entgegen, der das Wohl des eigenen Volkes hintansetzt. Wir unterstützen jedoch das Bestreben nach Schaffung eines ehrlich gemeinten Völkerbundes unter der Voraussetzung, daß er dem deutschen Volk volle wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungsfreiheit wahrt. Gegenseitigkeit in der Behandlung und im Austausch der Kriegsgefangenen ist als wesentliche Voraussetzung eines Friedens der Gerechtigkeit anzustreben.

2. Wirtschafts- und Sozialpolitik

Wir wollen jede ehrliche deutsche Arbeit in Stadt und Land schützen und den Aufstieg der Begabten und Tüchtigen aus allen Ständen mit allen Kräften fördern. Wir wollen den Bauernstand als den Jungbrunnen der deutschen Volkskraft und als die sicherste Quelle unserer Ernährung kräftig und gesund erhalten. Wir wollen uns mit aller Kraft des Handwerks wie des ganzen gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes annehmen, der im Krieg am schwersten mitgenommen und auch weiter durch die sozialistische Wirtschaftsordnung von der einen und durch das Großkapital von der anderen Seite bedroht ist.

Wir stehen auf dem Boden des Privateigentums und der Privatwirtschaft und lehnen bei allem Verständnis für soziale Bedürfnisse den Kommunismus ab. Wir erstreben den Abbau der Zwangswirtschaft und die baldige Beseitigung der Kriegsgesellschaften. Sollten an größeren Erwerbsunternehmungen, insbesondere an Privatmonopolen Reich, Staat und Gemeinde beteiligt werden, so treten wir dem nicht entgegen, sofern dabei die Tatkraft des Unternehmers nach Möglichkeit gewahrt und die Leistungsfähigkeit des Betriebs nicht herabgemindert wird.

Unsere Sozialpolitik wollen wir ausbauen; den Angestellten und Arbeitern soll das Koalitionsrecht gesichert werden. Der Kleinwohnungsbau ist mit allen Mitteln zu fördern. Der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen soll wir uns mit allem Nachdruck annehmen. Eine Aufteilung geeigneter Großgrundbesitzes ist uns namentlich für die Kriegsteilnehmer zum Zweck kleinbäuerlicher Siedlung erwünscht. Enteignungen sind nach den Grundsätzen gerechten Ausgleiches zu entschädigen.

Den Beamten samt den Offizieren und Unteroffizieren, den Geistlichen, Lehrern und staatlichen Angestellten und Arbeitern, sowie ihren Hinterbliebenen wollen wir ihre gesetzlichen Ansprüche und Anwartschaften unverkürzt erhalten. Ihr außerdienstliches Wirken, insbesondere in politischer Hinsicht, darf keinerlei obrigkeitlicher Beeinflussung unterliegen. Bei Besetzung der Beamtenstellen soll nur die Tüchtigkeit des einzelnen maßgebend und jede Parteipolitik und Vetternwirtschaft ausgeschaltet sein. Das Beamtentum und das Staatsarbeiterrecht sind in neuem Geiste zu gestalten.

3. Finanzpolitik

Der unglückliche Ausgang des Krieges hat eine ungeheure, furchtbare Steigerung der Steuerlast zur Folge; sie muß getragen und zwischen Reich, Einzelstaaten und Gemeinden zweckmäßig ausgeglichen werden. Wir erstreben ihre gerechte, der Leistungsfähigkeit angepasste Verteilung unter Berücksichtigung der Kinderzahl. Vor allem sind die Kriegsgewinne scharf zu erfassen; kleinbürgerliches Vermögen ist zu schonen. Der Verschleppung des Kapitals ins Ausland ist mit allen Mitteln vorzubeugen. In dem bäuerlichen Besitz, wie in dem werbenden und schaffenden Kapital in Industrie, Handel und Gewerbe sehen wir die Grundlage aller wirtschaftlichen Entwicklung; sie sind deshalb vor der Auflage unentraglicher Lasten zu schützen und für den Wettbewerb mit dem Ausland leistungsfähig zu erhalten.

Die indirekten Steuern, insbesondere auf entbehrliche Genussmittel, und die Ausgestaltung der Luxussteuern sind daher auch bei dem Ausbau der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern nicht zu entbehren.

Wir treten entgegen allen Bestrebungen, eine geordnete Finanzwirtschaft aufzuheben, insbesondere einer Entwertung der Kriegsanleihen und einer Beschlagnahme der Bankguthaben und Sparkasseneinlagen.

4. Kulturpolitik

Die Freiheit der Person und der Meinungsäußerung, sowie die Freiheit der Wissenschaften sind verfassungsmäßig festzulegen. Wir treten für die Gewissensfreiheit ein und verlangen, daß sich der Staat jedes Eingriffs ins kirchliche Leben enthalte; eine etwaige Auscheidung des Kirchenvermögens soll in gerechter und wohlwollender Weise durchgeführt werden. Wir treten ein für zeitgemäße Fortentwicklung des Schulwesens.

Die sittlichen und religiösen Grundlagen unseres Volksebens müssen erhalten bleiben; daher treten wir mit allem Nachdruck für die religiöse Erziehung der christlichen Jugend ein, ohne Gewissenszwang Andersdenkenden gegenüber, für den Schutz der Ehe und der Familie, für den Kampf gegen die sittliche Verwilderung des Volkes.

Die Mitarbeit der Frau im öffentlichen Leben, unter voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung halten wir für geboten.

Deutsche Männer! Deutsche Frauen! Wer unsers Sinnes, unseres Geistes ist, trete in unsere Reihen und melde sich als Mitglied bei der Geschäftsstelle, Gymnasiumstraße 25, 1. Stuttgart,

oder bei Fr. Keppler, Högwerkbesitzer, Calmbach.

Damen-Mädchen-Bekleidung **C. Berner**
Mäntel, Kostüme, Tailleurkleider, Röcke, Blusen.
Morgen-Röcke, Morgen-Jacken, Unterröcke
Ifforheim, Ecke Metzger- u. Kalumengasse